

Bürgerschaftliches Engagement gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Armut ist nicht nur ein Problem der Entwicklungsländer, sondern zunehmend auch eine Herausforderung für die Industrienationen. Sie anzunehmen und nach Lösungen zu suchen ist eine Aufgabe nicht nur für die Politik, sondern für die ganze Zivilgesellschaft. Armut ist eine Herausforderung, weil sie nach kreativen und innovativen Lösungen geradezu schreit, aber auch deshalb, weil sie die neuerdings sogar Demokratie gefährdet – etwa wenn von Armut bedrohte Menschen den etablierten Parteien nicht mehr zutrauen, faire Lösungen zu finden, und sie ihr Schicksal statt dessen populistischen Verführern anvertrauen, die zwar Abhilfe versprechen, aber selbst auch keine Patenrezepte haben.

Die Probleme sind bekannt: Die Kluft zwischen den Reichsten der Welt und dem Rest der Welt wird immer größer. Während die reichsten 10 Prozent der Welt fast 90 Prozent des globalen Vermögens besitzen, besitzt die untere Hälfte der Weltbevölkerung gerade mal ein Prozent des globalen Vermögens.¹ Die acht reichsten Männer der Welt besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.² In Deutschland bleibt die Armutsquote mit 15,4 Prozent weiterhin auf einem viel zu hohen Niveau.³ Dabei zeigt sich Nordrhein-Westfalen als die Region, in dem die Armutsquote rapide angestiegen ist – um 27 Prozent innerhalb des letzten Jahrzehnts. Auch die Kinderarmutsquote ist mit 19 Prozent weiterhin viel zu hoch. Die Hälfte der armen Kinder lebt in Haushalten von Alleinerziehenden. Eine solch hohe Kinderarmutsquote darf sich eine Wohlstandsgesellschaft wie die unsrige aus gesamtwirtschaftlichen und auch aus ethischen Gründen nicht leisten!

Alarmierend ist auch die Armutsquote bei den Rentnerhaushalten, die in 10 Jahren (von 2005 bis 2015) um 46 Prozent angestiegen ist.⁴ Besonders armutsgefährdet sind in Deutschland neben Kindern, Rentnern und Alleinerziehenden auch Alleinlebende und Arbeitslose. Die Wirtschaftskrise von 2008 hatte zu massiven Verarmungen in ganz Europa geführt. Davon betroffen waren vor allem Familien mit Kindern, die heute immer größere Probleme haben, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen.

¹ Quelle: *Global Wealth Report 2016*, hg. von Crédit Suisse, veröffentlicht Nov. 2016.

² Quelle: Oxfam-Studie *An Economy for the 99%*, veröffentlicht im Jan. 2017.

³ Quelle: *Armutsbericht 2016* des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, veröffentlicht Feb. 2016.

⁴ Quelle: Ebd.

Die Grenzlinie zwischen arm und reich ist heute keine Sache des Nord-Süd-Gefälles mehr, sondern sie zieht sich mittlerweile quer durch alle Staaten, ob Entwicklungsländer, Schwellenländer oder Industrienationen. Dabei ist die Armut in reichen Ländern anders zu bewerten als die Armut in armen Ländern. Die Armut in den Entwicklungsländern des Südens wird meist nach der *absoluten* Armutsquote berechnet, während die Armut in Wohlstandsländern vor allem nach der *relativen* Armutsquote definiert wird. Unter „absoluter Armut“ verstehen wir ein Einkommen von unter 1,25 US-Dollar am Tag. Als „relativ arm“ gelten Menschen mit einem Einkommen, das unterhalb von 50 Prozent des mittleren Einkommens liegt. Beträgt das mittlere Einkommen beispielsweise 1500 Euro wie in Deutschland, so gilt als arm, wer 750 Euro und weniger zur Verfügung hat. Neben der absoluten und der relativen Armut kann man auch noch von einer „gefühlten Armut“ sprechen, die Menschen empfinden, wenn sie entweder das Gefühl haben, aufgrund ihres geringen Einkommens sozial ausgegrenzt zu sein, oder wenn sie Angst verspüren, in der Zukunft in die Armut abzurutschen.

Von der Angst vor einer zukünftigen Armut sind beispielsweise viele Arbeitnehmer betroffen, die befürchten müssen, dass die beträchtlichen Beträge, die sie derzeit in die Rentenkasse einzahlen, zum Zeitpunkt ihrer Verrentung nur noch eine Rente ergeben wird, von der sie kaum werden leben können. Diese Arbeitnehmer haben nicht nur Angst vor Armut im Rentenalter, sondern sehen sich vom Staat auch unfair behandelt, und das gleich aus mehreren Gründen:

(1) Sie stellen nämlich fest, dass schon jetzt die aus Steuern bezahlten Pensionen der Beamten in der Regel mehr als das Doppelte betragen als das, was die Rentenkassen angesichts demographischer Verwerfungen an Renten auszuzahlen in der Lage sind (denn einer immer geringeren Zahl von in die Rentenkasse Einzahlenden steht eine anwachsende Zahl von Rentnern gegenüber). Diese Diskrepanz dürfte sich in Zukunft noch verschärfen.

(2) Sie stellen ferner fest, dass die (heutigen und noch mehr die zukünftigen) Renten vor allem der heute Geringverdienenden teilweise kaum oder nur geringfügig über dem liegen, was Arbeitslose und Erwerbsunfähige heute an Arbeitslosengeld, Sozialleistungen und Grundsicherungen erhalten. Viele fragen sich, wozu sie so viele Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben, wenn sie später kaum mehr als eine Grundsicherung erhalten, welche auch diejenigen bekommen, die nie oder kaum gearbeitet haben.

(3) Sie stellen außerdem bestürzt fest, dass erwerbslose Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchende ebenfalls Sozialleistungen von unserem Staat erhalten, die in der Leistungshöhe kaum unterhalb dessen liegen, womit sich Rentner teilweise heute schon und sicherlich in der Zukunft begnügen müssen. Der Aufschrei vieler Deutscher, der angesichts der Millionen von Flüchtlingen und Asylsuchenden, die in den letzten zwei Jahren nach Deutschland kamen, zu hören war, hatte weniger mit Missgunst und Ausländerfeindlichkeit gegenüber Kriegsflüchtlingen zu tun als damit, dass Deutsche, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, das Gefühl haben, ihre langjährige Arbeit werde angesichts geringer Löhne und unzureichender Rentenbezüge nicht ausreichend gewürdigt.

Das alles führt dazu, dass sowohl die heute arbeitende Bevölkerung als auch die in Rente gehenden Menschen den Generationenvertrag zunehmend infrage stellen, weil sie nicht mehr davon überzeugt sind, dass die in die Rentenkasse einzahlenden Arbeitnehmer für die Rentner noch ausreichend aufkommen können. Die Einzahlenden haben das Gefühl, das ihnen zu viel abverlangt wird, und die Rentner, dass sie zu wenig herausbekommen.

Andrea Nahles, die Ministerin für Arbeit und Soziales, hat daraus die einzig richtige Konsequenz gezogen und vorgeschlagen, dass die Rente notfalls mittels Steuereinnahmen aufgestockt werden müsse, um zukünftige Armut zu verhindern. Das stellt freilich einen nicht zu bagatellisierenden Paradigmenwechsel dar, um den die deutsche Gesellschaft aber kaum herumkommen wird, will sie in Zukunft massenhafte Armut und soziale Ausgrenzung verhindern. Dieser Paradigmenwechsel wird noch eines breiten gesellschaftlichen Diskurses innerhalb der Zivilgesellschaft bedürfen, bevor Bevölkerung und Politik diesen Paradigmenwechsel akzeptieren.

Vielleicht gibt es aber noch andere Lösungen des Problems als eine teilweise steuerfinanzierte Rente. Man könnte sich auch ein Schema vorstellen, bei der gerade diejenigen, die ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze haben, Anspruch auf eine Art „Armutsvermeidungskompensation“ hätten, mit deren Hilfe sie über die Armutsgrenze gehievt würden. Dieses Top-up – das freilich auch aus Steuermitteln finanziert werden müsste – gäbe den Empfängern immerhin das Gefühl, nicht vom Staat im Stich gelassen zu werden und gegenüber Erwerbsunfähigen (die eine Grundsicherung erhalten, ohne jahrelang in die Rentenkasse eingezahlt zu haben) nicht ungerecht behandelt zu werden.

Welches Schema sich letztlich durchsetzen wird, sei einmal dahin gestellt. Wichtig ist, dass das Abrutschen in die Armut verhindert wird, vor allem auch bei denen, die jahrzehntelang in die Rentenkassen einzahlen bzw. eingezahlt haben. Dass die meisten Politiker, die ja allesamt Ansprüche auf üppige Pensionen haben, in Bezug auf die Armutgefährdung vieler Rentner und Rentnerinnen keine sonderliche Vordringlichkeit verspüren, kann man zwar verstehen, umso dringlicher aber wird es sein, dass die Bürger selbst eine Diskussion anstoßen müssen, die darauf abzielen muss, zukunftsfähige Lösungen zu finden. Niemandem, auch den Wohlhabenden, ist nämlich damit gedient, wenn große Bevölkerungsteile in die Armut abrutschen. „Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein individuell zuschreibbares Problem, sondern in erster Linie ein gesamtwirtschaftliches und damit ein gesamtgesellschaftliches Problem“, schreibt Rudolf Martens vom Paritätischen Wohlfahrtsverband⁵ und rechnet vor, dass solche Grundsicherungsleistungen des Staates auch einen nachweisbaren wirtschaftsfördernden Effekt haben, der in der Diskussion um die Kosten derartiger Programme gerne vernachlässigt wird.

⁵ Rudolf Martens, „Armutsbekämpfung als verkannte regionale Wirtschaftsförderung – das Beispiel Hartz IV“, in: *Zeit zu handeln. Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2016*, hg. vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband: Berlin 2016, S. (101-108) 102,

Es bedarf darum eines breit angelegten Diskurses zwischen Zivilgesellschaft und Politik, um die Probleme der Armutsgefährdung deutlich zu benennen und zu beschreiben, nach innovativen Lösungen zu suchen und einen politischen Prozess in Ganz zu setzen, von dem am Ende alle Bevölkerungsteile profitieren.

Autor

Kurt Bangert war Forschungsleiter des World Vision Instituts in Friedrichsdorf und Gründer der Website *Armut.de*. Er ist Leiter der Schiedsstelle des „Verbands Entwicklungspolitik der Nichtregierungsorganisationen“ (VENRO). Als Publizist und Theologe ist er Autor diverser Veröffentlichungen und Bücher zu Themen wie Armut, Entwicklungszusammenarbeit, HIV/AIDS, zu theologischen Themen sowie zur modernen Islamforschung. Relevante Publikationen zum einschlägigen Thema sind: *Kinderarmut – in Deutschland und weltweit* (Hänsler: Holzgerlingen 2010); *Der Traum von einer besseren Welt. Warum die Bekämpfung der Armut neue Wege gehen muss* (Johannis: Lahr 2006).

Kontakt: kontakt@kurtbangert.de

Weitere Informationen: www.kurtbangert.de; www.armut.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel.: +49 30 62980-114

europa-bbe@b-b-e.de

www.b-b-e.de